

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Eingelne Nummern 1 Mark.

Aufnahmen im Anzeigen- oder redaktionellen Teil kosten 1 Mk. für die siebengefaltete Kolonetzelle oder deren Raum. Vereins- und Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 25 Pfg. Geschäftsanzeigen werden nach Erledigung laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. **Telefon-Nummern:** Leitung-Expeditoren 89. Vorstand 98. **Telegraphen-Adresse:** Mittelverband Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Bochum.**
Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Biemelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Glück.

Sei noch so klug und zirk'le deine Pläne;
Sehst dir das Glück, so wirst du nichts erreichen;
Ja, mehr als das, du mußt die Segel streichen
Noch vor dem Töpel, der im Glückeswahne. —
Auch das Genie, wenn nicht vom Glück getragen;
Ist hilflos wie ein Kind in Sturmeswettern,
Und wird, trotz Adlerflug, zu Boden schmettern!
Und sich im Fall das stolze Hirn zerschlagen. —
F. R.

Kompromiß oder nicht?

Wer hat die Parteipolitik in den Knappschafts-Wahlkampf gezerzt?

Der Ausfall der allgemeinen Knappschaftswahlen im Jahre 1904 hat die Wänter des Gewerkevereins nicht reifen lassen. Der Bergarbeiterverband brachte die meisten Kestestensitze bei diesen Wahlen an sich, zum Entsetzen des Gewerkevereins und der Zehnkapitalisten. Und erst die inzwischen erfolgten Nachwahlen? Sie haben den Abstand zwischen der beiderseitigen Stärke im Kestestenskollegium, zwischen Verband und Gewerkeverein, nicht verringert, wohl aber vergrößert. Die Mehrheit der Verbandsältesten verteilte sich fortgesetzt. Ja, wir haben erlebt, wie dem christlichen Gewerkeverein die festesten Hochburgen an den Verband verloren gingen, so n. a. Buer, Brauk, Kedinghausen, Borbeck, Kesse, Horst (Mubr), Horst (Emscher) und Kellinghausen. Besonders schmerzhaft war für den Gewerkeverein der Verlust der drei zuletzt genannten Sprengel. Es hat nicht an Gohn über diese Niederlagen selbst im bürgerlichen Lager gefehlt, da der Gewerkeverein die Siege schon meist vorher auszusprechen wußte und bei den Wahlen dann eindrucklich in die Wasse zu liegen kam.

Auf die Ursachen dieser Gewerkevereinsniederlagen hier näher einzugehen, ist nicht nötig. Sie liegen begründet in dem oft zu harmonischen Zehnkemmel christlicher Arbeitervertreter mit den Werksvertretern im Knappschaftsverein, in der schwankenden Haltung des Gewerkevereins in Knappschafts- und anderen Fragen und nicht zuletzt in der zur Schau getragenen unehrlichen und ungewerkschaftlichen „Neutralität“ des Gewerkevereins in Stunden, wo es auch den christlichen Arbeitern an den Hals und an die Geldbörse ging.

Je mehr nun die Zeit heranrückt, wo wieder die allgemeinen Knappschaftswahlen die Bergarbeiter an die Wahlurnen rufen, um so größer die Besorgnis und die Furcht im christlichen Lager vor dem Ausgange dieser Wahlen. Diese Furcht und Besorgnis teilt sich auch auf die im Ruhrbecken vorhandenen zwei Parteienrichtungen über, auf das Zentrum und auf die Nationalliberalen!

Das Zentrum sieht im Gewerkeverein in erster Linie eine tüchtige Stütze für die politischen Wahlen und die zweite genannte Parteirichtung, die gleichfalls, wenn auch schwächer, im christl. Gewerkeverein auf Freundes Füße, verliert sich in der Hoffnung, daß der Gewerkeverein aus Furcht und Bangigkeit gegen die anschwelende Flut der Sozialdemokratie schließlich bei politischen Wahlen zugunsten auch der Nationalliberalen votiert! Wie richtig die letzteren kalkulieren, das hat ja die letzte Bochumer Reichstagswahl gezeigt, wo christliche Gewerkschaftler ihre Freunde aus dem christlichen Gewerkschaftslager in Flugblättern in jammervollster Weise aufforderten, nur den Kameraden Sue nicht zu wählen!

Sue müsse gestürzt, dürfe als Reichstagsabgeordneter nicht gewählt werden — im Interesse der christlichen Gewerkschaften!

Sue, der so große Verdienste sich um die Arbeiter, und nicht nur um diese, erworben hat, sollte gestürzt werden wegen einer Partei, die der Bergarbeiterschaft und der deutschen Gewerkschaftsbewegung so manchen Schlag versetzt hat! Es sind die Nationalliberalen, denen die Aufweckung der deutschen Arbeiterklasse stets ein Grenel war, die nach Buchhausgesehen gegen die Arbeiter schrien, die immer noch, wenn es sich um Bergarbeiterfragen gehandelt hat, die Anschauungen der Grubenbesitzer sich zu eigen machten. Wo für sie von den Grubenbesitzern dann die Wahlkosten erstattet erhalten! Als „Kulturkämpfer“ als „Religionshändler“, als die Väter der Freireligiosität sind die Nationalliberalen vom Zentrum stets hingestellt worden. Aber alle diese, seitens des Zentrums geschürten Gegensätze verschwimmen, wenn es sich um Wahlen handelt und der politische Besitz der bürgerlichen Parteien gefährdet ist. Dann lieber den schlimmsten Scharfmachern zu Diensten stehen als einer Partei, die wie die Sozialdemokratie die beste Schützerin der Arbeiterklasse und die glänzendste Verfechterin ihrer Forderungen ist!

Die Furcht vor dem Ausfall der kommenden Kestestenswahlen hat beide Parteien in ihrer Stellung zu den Knappschaftsfragern demaskiert. Bisher spielte die politische Frage eine geringere Rolle in den Knappschaftskämpfen als heute. Wohl wurde der Bergarbeiterverband bekämpft, wohl wurde dieser mit der Sozialdemokratie in einem Atem genannt, aber man hätte sich doch, den Kampf um die Besetzung der Knappschaftssitze zu einem reinen Parteikampf zu gestalten. Die bisherigen Niederlagen des Gewerkevereins und der Gedanke an eine erneute und noch schwerere Niederlage hat alle Barrieren zertrümmert. Wir stehen heute vor der Tatsache, daß die Zentrum- und die nationalliberale Partei als Parteien in den knappschaftlichen Kampf eingreifen, die politische Fragen und politische Aussichten vor gewerkschaftliche und knappschaftliche Notwendigkeiten stellen.

Für das Zentrum und die Nationalliberalen handelt es sich bei den Knappschaftswahlen nicht um einen Kampf, der der knappschaftlichen Vertretung der Bergarbeiter im Bochumer Knappschaftsverein gilt, sondern um einen politischen Kampf. Die Ruhrbergleute sollen nicht daran denken, welche Mißstände im Knappschaftsverein zu beseitigen sind, sie sollen sich nicht der nötigen Reformen hier erinnern, sollen sich nicht darum kümmern, wie die Kranken, Verunglückten und Invaliden und ihre Angehörigen in der Knappschaft versorgt

werden. Nein, die Ruhrbergleute sollen dem Zentrum und den Nationalliberalen die Parteiluppe locken! Offen wird ausgesprochen, daß die kommenden Knappschaftswahlen nur das Vorspiel sein sollen für die nächsten Reichstagswahlen. Und was das schlimmste ist, der „Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter“ macht diese politische Komödie mit, muß sie mitmachen, will er mit Hilfe des Zentrums und der Nationalliberalen Kestestensitze erobern. Soweit sind wir nun schon im Ruhrbecken gekommen!

Und wie hat sich die Sache entwickelt? Dem Beobachter im Gewerkschaftskreisen fiel es auf, daß die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“, das Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, dem Gewerkeverein die Blüten offenbarte, die er sich bei den Knappschaftswahlen gegeben habe. Die Niederlagen des Gewerkevereins sahen — so meint das Organ — in der zu geringen Beachtung der konfessionellen Vereine durch den Gewerkeverein bei den Kestestenswahlen. Der Gewerkeverein solle mit den konfessionellen Vereinen mehr Fühlung halten und bei Wahlen diese mit zur Wahlarbeit heranziehen! Damit war der Weg gezeigt worden, der auch zu der heutigen Situation geführt hat.

Nun sind die konfessionellen Vereine nicht solche, die sich nur mit kirchlichen Interessen abgeben. O nein! Die kathol. Arbeitervereine bekennen sich offen zum Zentrum, leisten dem Zentrum offene Wahlhilfe. Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ vertritt reine Zentrumspolitik. Dahingegen sind die evangelischen Arbeitervereine als die Arbeiterorganisationen der nationalliberalen Partei gedacht. Die evangelischen Arbeitervereine geben der nationalliberalen Partei einen religiösen Einschlag! In den evangelischen Vereinen wirken nationalliberale Parteifunktionäre, die nationalliberalen Beamten der Bezüge und Fabriken usw. Es wird offen nationalliberale Parteipolitik getrieben und diese bei den Wahlen getätigt.

Folgt der christliche Gewerkeverein der Richtung, die ihn durch die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ gezeigt wird, d. h. setzt er sich mit den konfessionellen Arbeitervereinen in Verbindung für die kommenden Knappschaftswahlen und wird hierbei eine gegenseitige Verständigung erzielt, dann ist die Brücke der Verständigung auch zu den hinter diesen Vereinen stehenden Parteien geschlagen! So kalkuliert die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ und sie hat richtig kalkuliert. Und der Gewerkeverein brauchte bei der Realisierung des Vorstages sich nicht einmal anzustrengen, da man ihn seitens der Parteien auf halbem Wege entgegenkam.

Die von den Bezugs- und Güntenbaronen bezahlten nationalliberalen Parteifunktionäre nahmen die Agitation in den evangelischen Arbeitervereinen für ein Zusammengehen mit dem Gewerkeverein auf, sie gingen hin und hielten, wie in Günningfeld, gar Reden in christlichen Gewerkevereinsversammlungen, um das Kompromiß mit zustande zu bringen! Ebenso kamen christliche Gewerkevereins-Vertrauensleute her und suchten evangelische Arbeitervereine auf (so in Altkessen), um auch ihrerseits Stimmung für ein Zusammengehen zu machen. Und nun folgten Konferenzen auf Konferenzen, Vereinsversammlungen auf Vereinsversammlungen, die bis heute es so weit gebracht haben, daß

ein Zusammengehen der konfessionellen Arbeitervereine mit dem Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter in den verschiedensten Bezirken und Sprengeln im Ruhrbecken gesichert

ist. Mit Vergnügen berichtet die Zentrums- und die nationalliberale Presse über die lokalisierten Kompromißabschlüsse. Selbstverständlich legte sich diese Presse gehörig für das Kompromiß ins Zeug. Es wurde tüchtig zum Sammeln geblasen!

Die „Süddeutsche Volkszeitung“, die „Bochumer Volkszeitung“ und andere Zentrumsorgane haben hierbei gar kein Hehl daraus gemacht, worauf es ihnen ankommt. Sie munterten die Nationalliberalen und die Bezüge auf, tüchtig den Gewerkeverein zu unterstützen!!! Der Gewerkeverein habe schon manche sozialistische Aktion gestört und durchbrochen. Und wenn er hier und da auch einmal mit dem Bergarbeiterverband Hand in Hand gegangen sei, so sollten das die Nationalliberalen und die Bezüge vergessen. Es sei notwendig, der Sozialdemokratie eine Schlappe bei den nächsten Kestestenswahlen beizubringen, dadurch würden die nächsten Reichstagswahlen günstig beeinflusst!!! Der Bergarbeiterverband müßte bei den Wahlen getroffen werden. Ein Schlag, der ihn trifft, trifft auch die sozialdemokratische Partei! Alles müsse den Gewerkeverein unterstützen. Mehr noch: Der Gewerkeverein hat auf die Hilfe aller derjenigen, welche nicht wollen, daß die Bergarbeiterschaft der Sozialdemokratie völlig überantwortet wird, berechtigten Anspruch!!! Man ließ durchblicken, daß, wenn der Bergarbeiterverband bei den kommenden Kestestenswahlen geschlagen werde, man das Wahlrecht im Knappschaftsverein abändern könne!!!

Nun, wir haben in voriger Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ ja diese Artikel eingehend besprochen. Sie können aber nicht oft genug den Bergleuten vor Augen geführt werden. Auch in den Zentrums- und Parteiversammlungen wird für das Kompromiß mobil gemacht! So hat am 31. Juli in Wanue nach dem Bericht der „Süddeutschen Volkszeitung“ der Zentrumsabgeordnete Dr. Grunenberg in einer Zentrumswählerversammlung gesagt:

„Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk werde schon am 17. September d. J. eine Vorschläge zu der Reichstagswahl geschlagen werden (!!), an diesem Tage fänden die Knappschaftswahlen im Ruhrrevier statt. Der Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter müsse alles aufbieten, um den Bergarbeitern eine Schlappe zu bereiten!!! Das werde auf die kommenden Reichstagswahlen schon im Voraus wirken!!!“

Unsere Verbandsabrechnung für das 1. Halbjahr 1910.

Die Kassenabrechnung für das 1. Halbjahr schließt bekanntlich der Bergarbeiterverband mit dem 31. Juli ab. Die Abrechnung weist folgende Zahlen auf: Es betragen die Gesamteinnahmen inkl. 276 681,80 Mk., die von Bank- und Sparkassen wieder zurückgehoben wurden, 1 570 472,99 Mk.! Unter den Einnahmen registrierten wir im 1. Halbjahr:

	1910	1909
Beiträge der Mitglieder	1 076 681,08 Mk.	880 518,80 Mk.
Eintrittsgelder	10 020,80 „	6 620,50 „
Privatabonnenten	12 192,90 „	12 035,50 „
Streikgelder	5 915,98 „	138,50 „
Ertragsbeiträge	183 817,90 „	— „
Gesamt	1 243 128,59 Mk.	899 309,90 Mk.

Die Einnahmen aus Mitgliederkreisen sind also um **343 819,29 Mk.** höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Sie hätten noch höher sein können, wenn nicht die alten Erfahrungen auch in diesem Jahre zuträfen, daß die zweiten Quartale immer ungünstig auf die Finanzergebnisse drücken. Die Erholung tritt dann gewöhnlich im 3. Quartal ein, um dann in den Wintermonaten die höchsten Zahlen aufzuweisen. Das war fast stets der Fall bei normaler Entwicklung des Verbandes.

Der Steigerung der Einnahmen steht auch eine Steigerung der Ausgaben gegenüber. So sind folgende Ausgabeposten beachtenswert:

	1. Halbjahr 1910	1. Halbjahr 1909
Ortsvergütung	154 617,70	117 688,67
Verwaltungskosten	15 956,80	13 022,30
Agitation	18 050,05	22 029,92
Konferenzen, Sitzungen und Generalversammlungen	8 159,33	8 562,30
Sterbegelder	46 755,00	39 000,00
Gemäßregelunterstützung	39 497,30	22 273,31
Streikunterstützung	62 324,49	6 148,90
Arbeitslosenunterstützung	19 602,94	25 140,86
Krankenunterstützung	157 139,30	168 068,45
Rechtschutz- u. Prozeßkosten	50 108,60	47 566,12
Gesamt	571 211,51	464 508,83

Die Ausgaben für Ortsvergütung weisen eine starke Steigerung auf, die sich durch die neue Satzung, die eine Aufbesserung der lokalen Einnahmen gegen früher vorsieht, erklärt. Die Mehrausgabe an Sterbegeldern ergibt sich u. a. aus der Tatsache, daß die höheren Staffelsätze an die älteren verstorbenen Mitglieder zur Auszahlung gelangten. Zu Beginn des Jahres waren noch eine ganze Anzahl gemäßregelter vom Mansfelder Streik vorhanden, daher die höhere Summe für die gemäßregelunterstützung. In der Streikunterstützungssumme ist auch die Unterstützung an die in diesem Jahre ausgesperrten Bauarbeiter Deutschlands enthalten in Höhe von 50 000 Mk.! Sie ist eine Erwidmung der Solidarität, die die Bauarbeiterverbände den Bergarbeitern beim großen Streik 1905 entgegenbrachten.

Der Vermögensbestand betrug am 31. Januar 1910 **3 122 375,53 Mk.** am 31. Juli 1910 **3 713 198,00**

Mithin Vermögenszuwachs im ersten Halbjahr 1910 **590 822,47 Mk.**

„Die Räume wachsen, es dehnt sich das Haus!“ Mehr und mehr sammelt sich das Vermögen des Bergarbeiterverbandes, trotz hoher Ausgaben, an. Die Unterstützungssummen, die der Bergarbeiterverband zur Auszahlung bringt, sind ganz erhebliche. Dabei ist nicht vergessen worden, welche Verpflichtungen der Bergarbeiterverband hat, um auch die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter zu heben. In den letzten Jahren sind gewaltige Summen für Streiks und Lohnbewegungen ausgegeben worden, sodaß man nicht sagen kann, der Verband ziehe sich auf die Rolle einer reinen Unterstützungsgesellschaft zurück.

Wir hoffen bestimmt, daß unsere Kameraden mit großer Zuversicht weiter an dem Ausbau des Bergarbeiterverbandes arbeiten werden. **Immer vorwärts und vorwärts!**

verband versichern. Vor der Öffentlichkeit allerdings will man die großindustrielle Fabrikmarke nicht sehen lassen, da sie allzu kompromittierend auf alle ehrlichen Bergknappen wirken muß.

„Blamier mich nicht, mein liebes Kind und grüß mich nicht unter den Linden; wenn wir nachher zu Hause sind, wird sich schon alles finden.“

Bei den Knappschaffswahlen selbst wird die unnatürliche Bühlerei schon genügend offenbar werden. Aber ob nun der „Christliche“ Gewerksverein mit den „Evangelischen Arbeitervereinen“, die im Bergwerksbezirk völlig im scharfmacherisch-großindustriellen Mann stehen, gehen oder ob beide Gruppen im gleichen Interesse der Besenherren die gleiche Parole: Gegen den Bergarbeiterverband! ausgeben und darnach handeln werden, das ist im Effekt, im beabsichtigten Effekt ja einerlei.

„Die „Christliche“ Gewerkschafts-Bewegung gibt vor, parteipolitische Neutralität zu üben und stedt dabei vollends in ultramontaner Fröigkeit. Sie trankt an inneren Widersprüchen, wofin man auch schaut, und nur das fortwährende Verschärfen des Klassenkampfes einerseits und die Organisation des organisationsgewandten Zentrums andererseits vermögen den sachlichen Bankrott zu verhindern, der eines Tages aber unbedingt kommen muß.“

Da in dem kommenden bergmännischen Wahlkampf sicher auch wieder die durch den „alten“ Verband gefährdete Religion herangeführt werden wird, um Dumme für die Unternehmer einzufangen, ist es angebracht, darauf hinzuweisen, daß sich der Sekretär Hugo von der nationalliberalen Unternehmensepartei in den erwähnten Artikeln über den „christlichen“ Charakter der Zentrumsbewegungen lustig machte und den „Bergknappen“ zitierte, der geschrieben habe, der christliche Charakter der Gewerkschaftsbewegung sei notwendig, weil man „mit der Zeugnung Gottes, der unssterblichen Menschenseele, eines Weiterlebens im Jenseits den Boden des Rechts und der Sittengebote verliere.“

„Ernst wird man solche Dokumente wohl im christlichen Lager selbst nicht nehmen. Was soll man sich dabei auch denken? Wäre die Logik richtig, so müßten, um auf dem Boden des Rechts und der Sittengebote zu stehen, doch auch alle anderen wirtschaftlichen Organisationen sich christlich firmieren.“

„Mein, das können sie nicht, aber ebenso lächerlich wird es auch auf die Bergleute wirken, wenn nun die Kohlenherren mit denselben „christlich“ firmierten Schildträgern Arm in Arm amarschieren werden, um den Bergarbeiterverband zu bekämpfen.“

„Interessant ist auch, was die Dortmunder „Tremonia“ zu der nationalliberalen Wertung der zentrumschristlichen Gewerkschaften sagte. In einem Artikel: „Evangelische Arbeiterbewegung und nationalliberale Partei“ schrieb die „Tremonia“: „Kretzen die evangelischen Arbeiter nicht den christlichen Gewerkschaften bei, dann werden sie entweder im Dienste des nationalliberalen Kapitalismus Verräter an ihrer eigenen Sache, oder sie geraten ... auf die Rutschbahn, die in's rote Meer führt.“

Auch das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ beschäftigt sich mit den Artikeln des nationalliberalen Sekretärs und wies wieder auf den Ausspruch Kirdorfs hin, wonach die „Christlichen“ als „schlimmer wie die Sozialdemokraten“ hingestellt wurden. Das „Zentralblatt“ stellte sich sogar, als nehme es den Ausspruch Kirdorfs ernst und als glaube es, daß die Kapitalisten vor den Zentrumschriften mehr Angst hätten als vor der ganzen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.

noch schlechtere Werte. (Im Vergleiche zu erleichtern, habe ich Währung und Gewicht in deutsche Normen umgerechnet.)

Table with 2 columns: Item and Price. Items include Tee, Kaffee, Zucker, Brot, Schweinefleisch, Rindfleisch, Kilo Holzkohlen, Stück Eier, Liter Bohnen, Salz, Milch, Reis.

Eine kleine Flasche 1/2 Liter Flasche (Shales) Bier kostet 70 Pf., eine deutsche Grobziggarre 50 Pf., ein Flaschchen Cider (japanischer Champagner) 22 bis 30 Pf., Pasteten 8 bis 12 Pf., Wäsche waschen ist über die Hälfte billiger als in Deutschland; ein Bad in einer öffentlichen Badeanstalt kostet 6 bis 10 Pf.

Diese Preisliste kann für eine vergleichende Betrachtung der Kosten der proletarischen Lebenshaltung in Japan und einem anderen Lande nur in einem beschränkten Maße Dienste leisten. Denn der japanische Arbeiter ist weder Fleisch noch Zucker, noch Brot, noch trinkt er Bier, Milch oder Kaffee. Sein hauptsächlichstes Nahrungsmittel ist der Reis, dazu in günstigen Fällen etwas Fisch, Kom, und sein Getränk ist der Tee.

Der Reis, der in Japan selbst produziert wird, ist unbestreitbar ausgezeichnet. Nur schade, daß er in seiner Heimat nicht konsumiert werden kann. Er ist für seinen eigenen Produzenten und für die Industriearbeiterschaft zu teuer. Er wird nach dem Auslande verkauft. Für den Export werden geringere Sorten in größeren Mengen zurückgebracht und bilden der arbeitenden Volksschicht hauptsächlichste Nahrungsmittel. Ja, breite Schichten des Volkes wären noch herzlich froh, wenn ihre Mittel den Ankauf dieser minderwertigen Sorten gestatteten.

die sie finden, auch nur aus der starken sozialdemokratischen Bewegung resultiert. Das „Christliche“ Zentralblatt gab dann einen langen Teil der Rede wieder, die der nationalliberale Abgeordnete F u h r m a n n im Jahre 1908 im Reichstage hielt, trotzdem in dieser Rede die christlichen Gewerkschaften erwähnt wurden, sich doch etwas schneller aus dem „Zustand der Lummeljahre“ herauszuentwickeln, um den „bürgerlichen Parteien“ das Zusammenarbeiten mit ihnen nicht zu sehr zu erschweren.

Jedenfalls! Die Zentrumschriften müssen trotz der starken sozialdemokratischen Bewegung doch sich Holz raspieln, da sie nur als antizentraldemokratische Gebilde sich einige Beachtung der „bürgerlichen Parteien“ erhalten können. So wird also wohl bei den kommenden Knappschaffswahlen der „Christliche“ Gewerksverein mit vollen Segeln im Schlepperdienst der Grubenkönige stehen. Ob dabei die formale Unabhängigkeit gewahrt bleibt, tut wenig zur Sache, da es auf den Effekt, auf die gewollte Wirkung ankommt.

Zur Reform der Berginspektion.

Schüttelrutschen, Beschwerden der Bergarbeiter und die Bergbehörde.

Unsere bisherige scharfe Kritik an dem Schüttelrutschensystem hat wenig fruchtbar, immer mehr findet daselbst, selbst unter den ungünstigsten Verhältnissen, auf den Gruben Eingang. Auch auf Jede Moland in Dampfen, welche der Gasreiner Bergwerks-Aktion. Gesellschaft gehört, sind Schüttelrutschen unter ganz unangünstigen Verhältnissen eingeführt worden.

„So zum, den 27. Juli 1910.“

An das königliche Bergrevier Essen-Süd in Essen.

Wir erhielten heute von einem auf Jede Moland beschäftigten Bergmann nachstehendes Schreiben, welches wir dem königl. Revierbeamten hiermit unterbreiten mit dem Ersuchen, für schleunige Abhilfe Sorge zu tragen:

„Auf Jede Moland, 5. Sohle, Weisen in Hl.ä Hinefrau (Schüttelrutschenbetrieb) ist das Leben und die Gesundheit der Kameraden in einer rücksichtslosen Art und Weise gefährdet.“

Es handelt sich hier um einen Betrieb mit dem Abbaustof von 130 Meter Höhe. Fahrwege zur Arbeitsstelle gibt es nicht. Die Arbeiter müssen entweder von der Grundfläche an dem Kohlenstoß entlang hinauf oder von der Teilstrecke hinunter. Mittlere Verbindungsstrecken oder einen Notausgang gibt es in den genannten Strecken nicht.

Die Bergbehörden sind gefälligst oder gerissen und alle Augenblicke sind größere und kleinere Brüche zu vermeiden. An der Aufraumung des letzten Bruchs, der vor 14 Tagen zu verzeichnen war, haben drei Drittel acht Tage lang gearbeitet. Die Arbeiter können immer noch von Glück nachsagen, daß die Brüche bis jetzt nicht zur Schichtzeit fielen, sonst wären zweifellos schon Menschenleben zu beklagen.

Die Brüche werden aufgeräumt, die Bruchstellen mit notdürftiger Zimmerung versehen und dann wird weiter gearbeitet. Mit dem Vergeherfahren verfährt man in der rigorossten Weise. Alle 8 bis 10 Meter ist wieder eine sogenannte blinde Strecke getrieben, aber mit dem Vergeherfahren behilft man sich derartig, daß von einer Strecke zur anderen in einem Abstände von vier Fuß eine fuhdige Mauer gezogen wird; der übrige Teil bleibt als Hohlraum oder als Sammelraum für Grubenwasser, ohne Vergeherfahren.

Ich möchte diese Zustände schon früher der Öffentlichkeit unterbreiten, mein Gewissen läßt mich aber jetzt nicht mehr zur Ruhe kommen. Ich will aus meinem Herzen keine Mördergrube machen.“

Die in diesem Schreiben geschilderten Zustände sind u. E. derart gefährlich, daß dringende Abhilfe tut. Wir bitten deshalb den königl. Bergrevierbeamten, sofort eine eingehende Revision des bezeichneten Betriebspunktes vorzunehmen und die nötigen Maßnahmen zum Schutze der dort beschäftigten Arbeiter zu treffen.

Hochachtungsvoll! Mit Glück auf! Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Sitz Bochum. Der Vorstand. J. A. Fr. Susemann.“

Auch diese Beschwerde hat scheinbar nichts gefolgt; wie uns ein Kamerad mitteilt, hat ein Vertreter der Bergbehörde den Schüttelrutschenbetrieb schon am 29. Juli besichtigt. Ob alles in Ordnung befunden wurde, ist uns nicht bekannt geworden, doch wird in alter Weise fortgearbeitet.

Es bleibt den Arbeitern darum nichts anderes übrig, wie durch öffentliche Kritik auf eine Besserung der Verhältnisse hinzuwirken. Ueber die Verhältnisse auf Moland wird uns von einem Kameraden geschrieben:

Denk sie ist für die europäische Nase - von der Junge gar nicht zu reden - einfach Scheißwasser. Der Nährwert des Meißes wird allenthalben gepriesen. Ob die Lobredner aus eigenen Erfahrungen zu ihren Schlüssen gekommen sind? Meine Erfahrungen gebieten mir, die Wahrheit dieser Behauptung entschieden zu bestreiten.

Es ist unglücklich, welche große Mengen da verschlungen werden müssen, um die Schreie des Magens zu stillen. Die Tagesration eines Kulis würde einem Elefanten mittlerer Größe genügen. Die ersten Tage, wenn ich kleine braune Männer den ungeschmackhaften, schwammigen, nur mit Wasser gezeichneten Inhalt einer Anzahl Kapseln in die Speiseröhre stopfen sah, glaube ich, sie äßen auf einige Tage in Vorkat. Zu meinem Erstaunen begann eine Weile später die Prozedur wieder mit nährlicher Intensität. Das machte mir schließlich höllischen Spaß. Nur, wenn ich die Stillung dieses Appetits zu zählen hatte, konnte ich ein unaussprechlicher Zuschauer werden.

Für eine Wohnung, d. i. e i n Z i m m e r, zahlt der japanische Arbeiter 4 bis 10 Mark pro Monat. Man kann diese Klausel möbliert oder unmöbliert nennen, das kommt auf eins hinaus, denn der Hausrat ist auf das denkbarste Minimum reduziert. Die Kosten der Wohnungsausstattung können im Budget des japanischen Arbeiters unter dem Posten 5 (keine Ausgaben) gebucht werden. Mit Möbeln ist der Wohnraum nicht belastet. Tische, Stühle, Bänke, Sofas, Schränke, Bettladen und dergl. werden nicht gebraucht. Das einzige Möbelstück, das man überall erblickt, ist ein niedriges Tischchen, an dem, auf dem Boden sitzend, die Mahlzeit eingenommen wird.

Daneben wird ein Holzfaß mit einem Topf, in dem vorfristig in Sand gefüllt ständig eine Holzglocke (zum Pfischen ansetzen) glüht, auch für unentbehrlich gehalten. Wer sich gut umsieht, entdeckt auch noch ein niedriges Gefäßchen, das mit Holzkohlen gefüllt wird. Das ist so ziemlich alles, was in der japanischen Wohnung zu erspähen ist. Was sonst noch an Geschütz und Wäsche vorhanden sein mag, steckt irgendwo in einem Wanderschrank. Der Japaner hat keine Zeitstätt. Er kämpft mit seiner ganzen Familie auf dem Boden seines einzigen, vielleicht nur drei Meter langen und ebenso breiten Raumes. Eigentlich geht er auch nicht zu Bett, sondern das Bett kommt allenthalben zu ihm. Wenn es dunkel geworden ist und er am Klauisch mit dem Nachbar keinen Gefallen mehr findet, holt er aus dem Parterre des Wandschrankes eine Decke hervor, rollt sie auf dem Boden aus und legt sich, gewöhnlich angezogen, wie er ist, darauf. So eine Schlafbede ist ein teures Stück Hausrat. Deshalb wird sie auch sorgfältig aufbewahrt. Manchmal sind sie derart verdrillt, daß sie vielleicht gerade noch den Namen Felleu verdienen. Gar nicht selten riecht man es ihnen an, daß sie der Lummelplatz vieler Familienfestlichkeiten gewesen sind. Wenn man sie über die Nase zieht, entströmt ihnen ein Geruch, der von feudalen Zeiten träumen macht.

Die Masse der Arbeiter mag monatlich eher weniger als fünf Mark für die Wohnung ausgeben. Das wird wenig ersparten, solange

„Die berggefehligen Bestimmungen werden immer zahlreicher, aber mit dem Bergarbeiterschutz sieht es heute viel trauriger aus wie vor 20 Jahren; dafür bietet besonders Jede Moland ein Beispiel. Selbst anderthalb Jahre hat man sich dort auf moderne Abbaumethoden verweigert, wenigstens in punkto Schüttelrutschen; in allem anderen wird man aber noch an das dunkle Mittelalter erinnert, muß oder soll sich der Bergmann da noch beim Anzünden der Schüsse des Feuersteins beklemen.“

Das Schüttelrutschensystem, welches noch überall von den Arbeitern als außerordentlich gefährlich bezeichnet wurde, wird auf Moland auch unter den ungünstigsten Verhältnissen in Anwendung gebracht. Würden Schüttelrutschen nur dort angewandt, wo es ohne Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter geschehen kann, d. h. bei absolut guten Gebirgs- und Höhlenverhältnissen, würde stets für genügenden Vergeherfahren und genügende Fahrwege ufm. gesorgt, wäre die Antreiber nicht eine derart schlimme, daß die Arbeiter selbst zur Maschine herunter begabert würden, wäre vor allen Dingen das Bedinge stets ausreichend, würden sich die Arbeiter schließlich damit abfinden und die Schattenseiten der Schüttelrutschen, die dann noch verblieben, mit in Kauf nehmen. Aber wie es damit steht, ist schon in der Beschränkung an die Bergbehörde ausgeführt. Trotzdem das Nebengestein in dem benannten Betriebspunkt außerordentlich schlecht ist, ist die Strecke 130 Meter hoch; schlangentartig, auf dem Wauche kriechend, müssen sich die Arbeiter zu ihrer Arbeitsstelle begeben, immer der Gefahr ausgesetzt und mit dem Gedanken, verschüttet zu werden.

Kein Notausgang ist vorhanden; blinde Strecken sind wohl zur Gewinnung von Bergen gefahren, sind aber verschüttet und nicht passierbar; wer von und zu der Arbeitsstelle will, muß entweder hinunter nach der fünften Sohle oder hinauf nach der 130 Meter hohen Teilstrecke.

Die Strecke wurde bis heute im allergünstigsten Falle zum dritten Teil mit Vergeherfahren angefüllt und die Folgen sind, daß Bruch auf Bruch folgt; in den letzten drei Wochen war zweimal ein Bruch in einer Ausdehnung von etwa 20 Meter zu verzeichnen. Das erste Mal war auch die Teilstrecke etwa 10 Meter mit zusammengebrochen und immer war es nur einem glücklichen Zufall zu verdanken, daß keine Leute mit verschüttet wurden. Mit Schrecken denken die Leute an ihren Betriebspunkt. Durch solche Verhältnisse werden die Leute vollständig abgestumpft und zur Fahrlässigkeit erzoogen.

Wir legen der Öffentlichkeit mal die Frage vor: Wer trägt hier die Verantwortung und wo bleibt der Bergarbeiter? Die Arbeiter des Betriebes und alle, welche informiert sind, können es nicht fassen, daß hier nicht eingegriffen wird. Am 29. Juni hat ein leitender Angestellter den Betriebspunkt besichtigt. Verschiedene Leute waren noch am Aufbauen der letzten Bruchstelle beschäftigt, aber trotzdem wird seit dem 30. Juli wieder mit doppeltem Nach weiter gearbeitet. Die Leute vermissen die Bergbehörde nicht. Nach ihrer Ansicht hätte der Betrieb gestundet werden müssen. Wie ist es möglich, wenn der Angestellte eingehend inspiziert hat, daß in einem solchen Betriebspunkte noch Leute beschäftigt werden dürfen?

Wenn das so weiter geht, dann werden die Bergarbeiter das Vertrauen zur Bergbehörde, das so wie so schon ziemlich zusammengeschrumpft ist, vollends verlieren. Die Beschäftigten der Arbeiter werden in allgemeyne ziemlich bedächtig. Wenn z. B. einem Arbeiter unglücklicherweise die Wetterlampe defekt und er erwischt wird, wird er ohne weiteres bestraft. Aber daß in den Gruben zur Aufbewahrung der Vorratskammer in jedem hierzu hergestellten Behälter verschiedene Liter Petroleum sind, muß der Bergbehörde bis jetzt wohl noch entgangen sein.

Da wir uns nun einmal mit dem Schachte beschäftigen, wollen wir noch zum Schluß auf einen Mißstand hinweisen, der viel Groll und Erbitterung in den Reihen der Arbeiter erzeugt. Wir ersuchen die Besenverwaltung, etwas mehr Rücksicht auf die Belegschaft zu nehmen und wenn Feiertagen eingeleitet werden, nicht gerade die Lohnstage dazu zu wählen. Soll sich das aber nicht vermeiden lassen, sollte man doch mindestens so viel Entgegenkommen zeigen und den Tag vorher auslöshen, denn kein vernünftiger Mensch kann den Arbeitern zumuten, daß sie noch eine Schicht gratis für die Hungertlöhne beurlauben.“

So weit die Zuschrift unseres Kameraden. Auch wir verstehen es nicht, daß der Betriebspunkt, so wie die Verhältnisse sind, nicht gestundet wurde. Jedenfalls zeigen diese Vorgänge, wie berechtigt die Forderung der Bergarbeiter nach unabhängigen und aus ihren Reihen gewählten Grubenkontrolleuren ist.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Großmächte in Kohle und Eisen.

Mit der großen Kapitalerhöhung, die die Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft Ende 1908 zum Zweck des Ausbaues ihres Werkes in Laßfringen vornahm, wurde eine neue Ära der Ausdehnung und der Fusionen in der Montanindustrie eingeleitet. Inzwischen haben verschiedene Montangesellschaften schon zum Teil recht beträchtliche Erweiterungen durchgeführt, aber die bedeutendsten Projekte harrten noch ihrer Verwirklichung. Die bestehenden Kartelle, das Kohlenyndikat und der Stahlwerkbund, die noch vor wenigen Jahren als festgefügte Organisationen galten, sind brüchig geworden, die Montanvereine sehen in ihnen heute Schminisse ihrer weiteren Entwicklung. Würde die Erneuerung dieser Kartelle doch wieder zustande kommen, so werden sie aber große innere Veränderungen aufweisen. Mit aller Offenheit ist von den Organen der großen gemischten Werke wiederholt erklärt worden, daß die vier Großmächte der Montanindustrie: Krupp, Thyssen, Gelsenkirchener und Höpfer, nicht mehr gewillt sind, sich den Weg zur Vertretung durch Rücksichtnahme auf die ihnen gegenüber schwächeren Werke verstopfen zu lassen. Den mächtigsten Montanunternehmungen schwebt der amerikanische Stahlruß als das

man die Klausel nicht aus eigener Erfahrung kennt. Diese niedrige, naackte, enge, in der Regel nur neun mal neun Fuß große Höhle, die nur von Papier und dünnen Brettern umschalt ist, würde anderwärts noch billiger sein, wenn die Polizei ihre Vermietung an Menschen gestatten würde.

So primitiv wie die Nahrung und Wohnung, ist auch die Kleidung des japanischen Arbeiters. Mit einem Kimono (ein leichter, von den Schultern bis fast an die Knöchel reichender Mantel aus dünnem Gewebe), womöglich noch einem Unterleibchen und einem aus sechs Brettern zusammengesetzten Paar Strümpfen ist sein Bedarf an Kleidung gedeckt. Die besser gestellten Arbeiter haben wohl auch noch einige Reservestücke. Auf den Sonntagsstaat sind sie weniger bedacht, schon aus dem einfachen Grunde, weil Japan den Sonntag nicht kennt.

Meine Kenntnis der japanischen Arbeiterverhältnisse und der Kosten des Lebensunterhaltes läßt mich sagen: In Japan verdient der durchschnittliche Arbeiter pro Tag. Für seinen Lebensunterhalt muß er, wenn er nicht frühzeitig an Unterernährung zugrunde gehen will, täglich 1.07 Mk. (für Speise und Trank 50 Pf., Wohnung 17 Pf., Kleidung 10 Pf., Diverses 30 Pf.) ausgeben. So bleiben ihm noch für außerordentliche Ausgaben jeden Tag 13 Pf. übrig. Das gilt für den ledigen gutbezahlten Mann. Bei den Verheirateten müssen Frauen und Kinder mitzuzahlen, um den Wolf von der Tür fernzuhalten. Wie aber der schlechter bezahlte Kuli und der Arbeitslose lebt, zeigt ein Gang durch die Proletariatsdistrikte der großen Städte. Dort herrscht die menschliche Misere schauderliche Orgien. Laufende und Abertausende von menschlichen Kreaturen hausen in schmutzigen, engen Katakomben, nicht wissend, woher einen Bissen nehmen, womit die Mägen bedecken. Glücklicherweise, denen das Schicksal noch ein paar Sen finden ließ, wenn sie in einer Drei-Sen-Restaurations eine Mahlzeit bezahlen und eine Schlafbede, die den Namen Felleu nicht mehr verdient, für eine Nacht leihen können. Die weniger Felleu nicht mehr verdient, für eine Nacht leihen können. Die weniger Glücklichen betteln in den Restaurants, Straßenhäusern und Kasernen um Speiseabfälle. Rummel über die Erde. Denn was da übrig bleibt, wird von den Agenten einer Gesellschaft gesammelt, die damit Mahlzeiten für die Gäste der Drei-Sen-Restaurations macht. Die nagende Leiste Hunger zwingt die unglücklichsten Tiere des Reichs die Müllkammer zu durchwühlen. Fischköpfe, animalische Eingeweide, Brotkrumen und Knochen kurzum, alles, was zur Stillung des Hungers halbwegs geeignet ist, wird eifrig gesammelt und verschlungen. Die Straßenbünde in Konstantinopel können nicht erdärmtlicher leben. Das Elend in den Slums der Großstädte Europas und Amerikas ist grauenvoll; aber es verblüfft es schon erträglich, wenn man die Schrecken der Tokioter Quartiere Shitaya, Songo und Shiba sieht. Kennt nicht das Dölk, ehe ihr die Elendsstätten Japans gesehen habt!

und auch ganz schlimme Zustände. Zwischen den Schienen brennt es oft, so daß die Schwellen, auf denen die Schienen angelegt sind, verbrennen. Die Leute müssen auf dem Feuer herumlaufen, die Schwelger einatmen und haben dabei noch eine miserable Bezahlung. So sieht es zurzeit mit dem „berghischen“ Los der Bergarbeiter in Westfalen aus. Wenn es aber noch schlimmer geht, die meinten, die Verhältnisse der hiesigen Bergarbeiter seien nicht schlecht, so empfehlen wir ihnen, die Sache selbst als Bergmann, natürlich vom 1/10 Mann bis 1/10 Mann, durchzuführen. Daß sie dann von ihrer Meinung zurückstehen, steht fest. Den Arbeitern von Westfalen können wir aber nur zurufen: Wollt ihr, daß diese traurigen Verhältnisse verbessert werden, dann seid einig und ruht nicht eher, bis der letzte Mann im Bergland ist.

Urbe St. Maria (St. Marie aux Mines). Von der Beche gewiesen und verhaftet. Wer hier die Keuglerbe bezieht, von seinem Steiger wissen zu lassen, wieviel er im vorhergehenden Monat verdient hat, mag sich in acht nehmen. So wurde Anfang Juli zwei Gauern ein Schleppler von ihrer Arbeit weggenommen. Zwei Tage darauf wieder einer, so daß die beiden Gauer nur einen Schleppler hatten. Am 18. Juli, als dieselben nun anführen, fanden sie auch ihren letzten Schleppler nicht mehr. Als sie sich darüber beschwerten, sagte Steiger Lehnen: „Ihr könnt eure Minette selbst laden und wenn euch dies nicht paßt, könnt ihr ausfahren und braucht acht Tage die Grube nicht mehr betreten, ich gebe euch acht Tage Urlaub.“ Die Gauer fuhren aus und gingen zum Betriebsführer, wo sie sich über den Steiger beschwerten. Sie erhielten auch die Zusage, zur Mittagspause würde die Sache geregelt. Als wir nun Mittags kamen und den Steiger Lehnen fragten, ob wir unsere Schleppler wieder bekämen, antwortete er, daß es bei dem achtstägigen Urlaub bleibe. Wir bekamen nun Wortwechsel mit ihm, wurden von dem Bechenplatz gewiesen und als wir nicht sofort Folge leisteten, wurde der Gendarmierie telephoniert, die uns verhaftete. Zugleich wurde uns mitgeteilt, daß wir entlassen seien. Als nun einer der Gauer am anderen Tage zur Grube ging, um seinen rückständigen Lohn zu erheben, wurde ihm erklärt, er bekomme denselben erst, wenn er die Wohnung geräumt habe. Einige Tage darauf ging der Gauer nochmals zu Steiger Lehnen und fragte ihn, wieviel er im Monat Juli verdient habe. Die einzige Antwort war: „Scheren Sie sich zum Bechenplatz, ich habe nichts mit Ihnen zu tun.“ Am darauffolgenden 18. kündigte man noch meinen beiden Söhnen. Alles deswegen, weil ich meine Schleppler behalten, d. h. etwas verdienen wollte, um meine Familie ernähren zu können. Nach einem solchen Schicksal „Rechenjustiz“ kann man nur fragen: Arbeiter, wie lange wollt ihr euch dies noch bieten lassen? Wacht doch endlich auf, organisiert euch! Nur dadurch und durch Veröffentlichung solcher Mißstände kann es anders werden.

Sicherheitsmänner- und Knappschaftsältestenwahlen!

Mit wenigen Ausnahmen finden die Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrbecken am 27. und 29. August statt. Wir ersuchen dringend, die von den Bechen auszuliegenden Wählerlisten, die zur Einsichtnahme der Wahlberechtigten während zwei Wochen offen zu liegen haben, einzusehen. Nur so sichert man sich am besten das Wahlrecht. Kein Bergarbeiter halte sich von der Wahl fern! Am 17. September finden die allgemeinen Knappschaftswahlen statt. Bis zum 3. September muß die Eintragung in die von den Bechen aufzustellenden Wählerlisten erfolgt sein. Wer nicht in der Wählerliste steht, darf zur Wahl nicht zugelassen werden und geht seines Wahlrechts verlustig. Wir bitten daher unsere Kameraden, rechtzeitig die Wählerlisten einzusehen und sich eintragen zu lassen, damit keiner seines Wahlrechts verlustig geht.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Im Knappschaftsflugblatt,

Jahr	Vermögen
1905	84 482 781 Mk.
1906	84 252 776 "
1907	105 985 752 "
1908	130 786 640 "
1909	152 344 758 "

Unsere Kameraden wollen diese Aufstellung der Entwicklung des Knappschaftsvermögens beachten. Die im Flugblatt erwähnten 67 881 977 Millionen Vermögenszuwachs datieren also nicht von vier, sondern von fünf Jahren.

Der Wirt S. Nieden, Gelsenkirchen IV.

hat unseren Kameraden seinen Saal zu einem Bahnhofsrestaurant entzogen. Seit Jahren haben unsere Kameraden kein festes Lokal. Sie glaubten nun, daß der Wirt Nieden sein Versprechen halten würde. Versprochen hatte er in einer Mitgliederversammlung am 2. Juli, unseren Kameraden seinen Saal zu einem Bahnhofsrestaurant am 29. Juli zu überlassen. Dieses Versprechen hat er nicht gehalten, sondern später, als schon alle Vorbereitungen zu dem Fest getroffen und größere Geldeausgaben gemacht waren, zurückgezogen. Als Entschädigung führt er an, die Eisenbahner und Weichensteller hätten ihn dazu gezwungen. Wenn das zutrifft, haben sich diese damit ein Verzeugszeugnis schleimtesten Sorte ausgefertigt. Der Wirt aber sollte bedenken, daß sein Schornstein nicht allein von den Eisenbahnern und Weichenstellern raucht.

Der Gewerkevereinsdichter

will nicht wissen, daß seine Organisation ein Zehngewerkeverein ist. Um sie dazu zu reinigen, verbricht er fünf Verse und im letzten fängt er an zu spüren! Das muß man nämlich im christlichen Gewerkevereinslager, will man im Dichterkranz einige Lorbeerblätter mehr einpflanzen. Wie wär's, wenn Herr Walter noch einmal die Saute von der Wand nimmt und Verse schmiedete auf die frommen Bekennnisse der „Königlichen Volkszeitung“ über das Zusammengehen aller Gewerkevereine bei den Knappschaftswahlen, worunter sich auch die Zehngewerke befinden? Wehrlich die edle Mansfelder Dichtergeselle, daß ihn dabei das Schlimme überkommt und die Wirt ihm im Halbschatten bleiben? Armes Flügeltier, das sich so zum Schindergaul herabdrücken lassen muß. Nur einmal glücken dem H. W. die Verse, das war, als er den Franz Weßens so himmlisch besungen hat. Bitte noch einmal so. Im letzten fängt die „Bergknappen“-Redaktion auch an, ihren Artikel keine Verse vorzusagen. Sie preist in ihrer Verzweiflung und in ihrem poetischen Drang zur Selbstbespiegelung. Wie könnte der „Bergknappe“ noch singen. Der es „at“ lügt, muß oft zu lügen sich genötigen; denn sie ben Lügen liebt, um eine zu beschönigen. Das ist recht vom „Bergknappen“, daß er dieses Vers „für sich selbst meißelt. Wir werden uns dafür an Leistung schuldig halten, wenn wir den „Bergknappen“ in die Hand nehmen. Leistung hatte nämlich das letzte Glück, das Kommen des „Bergknappen“ vorauszuahnen. Wie hätte er sonst auf das christliche Organ so passende Worte finden können:

Du magst so oft, so sein als möglich lügen,
Mich sollst Du dennoch nicht betrügen,
Ein einzigmal nur hast Du mich betrogen,
Das kam daher, Du hattest nicht gelogen.

Die Gewerkevereinsagitatoren Gasselberg und Korte-Erle

haben die verzweifeltsten Anstrengungen, um uns die Mitglieder eines Verbandsmitglied, das mit seinen Beiträgen im Verbandsorgan und dem darum das Krankengeld nicht gleich gezahlt werden sollte. Erste nur zum Gewerkeverein über, ich werde zeigen, daß Du das Krankengeld vom Gewerkeverein im Knappschaftsälteste Korte ging dann mit demselben zu einem Kameraden, den er für unorganisiert hielt. Ich tu mir leid, daß ich es sagen muß; es ist ein Verbandsmitglied, dem der Verband das Krankengeld nicht zahlen will, aber „ich“ werde schon dafür sorgen, daß der Mann sein Krankengeld bekommt.“ Korte hatte bei der Gelegenheit jedoch einen organisierten Kameraden getroffen, der ihm gründlich heimlichste. Uebrigens soll sich Korte nicht um die Verbandsmitglieder kümmern. Wer im Verband seinen Verpflichtungen nachkommt, erhält unter allen Umständen sein Recht. Wer aber mit solchen Mitteln arbeitet, stellt sich und seiner Sache damit das schlimmste Verurteilungszeugnis aus.

zahlen will, aber „ich“ werde schon dafür sorgen, daß der Mann sein Krankengeld bekommt.“ Korte hatte bei der Gelegenheit jedoch einen organisierten Kameraden getroffen, der ihm gründlich heimlichste. Uebrigens soll sich Korte nicht um die Verbandsmitglieder kümmern. Wer im Verband seinen Verpflichtungen nachkommt, erhält unter allen Umständen sein Recht. Wer aber mit solchen Mitteln arbeitet, stellt sich und seiner Sache damit das schlimmste Verurteilungszeugnis aus.

Der Gewerkevereinsagitator Schifanowski Dorst-Emscher macht die verzweifeltsten Anstrengungen, um den verlorenen Sprengel für den Gewerkeverein wiederzugewinnen. So kam er auch zu einem Verbandsmitglied, das um Unterstützung angetragen hatte und sagte: „Trete dem Gewerkeverein bei, dann erhältst Du auch Unterstützung.“ Von welcher Seite diese Unterstützung gezahlt werden sollte, sagte Schifanowski nicht; er ist Mitglied der Verbandsverwaltung in der Gemeinde und Ausschussmitglied auf Nordstern III; sollte die Unterstützung vielleicht von diesen Stellen gezahlt werden? Oder sollte Schifanowski dieselbe aus seiner Tasche zahlen? Falls das erstere der Fall ist, müssen wir entschieden Einspruch erheben. Sowohl zu den Gemeindefunktionen, wie auch zur Unterstützungskasse müssen unsere Verbandskameraden beitragen und es ist nicht angängig, daß damit derartige Mißbrauch getrieben wird.

Der christliche Knappschaftsälteste Görte

will in der Sache bei den Dorsten in der christlichen Versammlung am 17. Juli nicht gelagt haben, daß die Sache dem Effert drei Ehe im Knappschafts-vorstand angeboten habe. Görte denkt nicht mehr daran, daß in der Versammlung noch mehrere Dutzend Leute vorhanden waren, die das Gegenteil von dem wissen, was er dem „Bergknappen“ zu schreiben hat. Dem „Bergknappen“ kann er so etwas schreiben, weil es ja in der Natur der Sache liegt, daß die Wahrheit in weitem Bogen auszuweichen. Wenn sie für die Wahrheit drängen nicht einstehen können, warum sich gegenföhrlich Wahrheiten sagen? Das wäre zuviel verlangt. Görte will sich nicht gelassen haben, als ihm Notizen nachwies, daß christliche Beamte (Kühne) Versuche gemacht haben, Kompromisse mit der Bechenpartei abzuschließen. Hier mag Herr Görte recht haben. Wer so wider besseres Wissen, wie er, die Wahrheit mißhandelt, bei dem kann es auch mit der Scham nicht weit her sein. Wir bitten darum Herrn Görte um Entschuldigung, daß wir ihm mehr Scham zugebracht haben, als er selbst besitzen will. Das enthebt uns selbstverständlich, auf seine übrige verdrehte Berichterstattung einzugehen. Unsere Verbandskameraden er-suchen wir, die christlichen Versammlungsbesucher auf die Notiz Görte im „Bergknappen“ aufmerksam zu machen.

Wie der „Bergknappe“ verurteilt ist.

Kast in jeder Nummer bringt der „Bergknappe“ eine Anzahl kleiner Notizen, worin unsere Kameraden in den einzelnen Bahnhöfen verächtigt und in den Notizen gezerri werden. Geht man einer Sache auf den Grund, so entpuppt sich alles als plumper Schwindel. So bringt er auch in seiner Nr. 30 eine Notiz unter „Beche Gladbeck, Rheinbafenschächte“, worin einige unserer Kameraden verächtigt werden, sie spielen der Beche gegenüber lieb Kind oder arme Sünder, je nachdem es nötig sei. Es werden dafür keine positiven Behauptungen, sondern allerlei Ungereimtheiten aufgeführt, z. B. soll ein Verbandsmitglied einem gekündigten Gewerkevereinsmitglied gegenüber erklärt haben: „Hätte ich gesprochen, wärest Du schon längst von der Beche geflogen.“ Ein anderer Verbandskumpel soll wegen seiner in einer Verbandschafts-versammlung gemachten Ausführungen de- und wehmütig um Verzeihung gebeten haben. Dieser Kamerad soll auch versucht haben, dem Gewerkeverein die Mitglieder abspenstig zu machen, besonders evangelische, mit Verufung auf die Enghylka usw. Ist die Enghylka auch nicht von den Verbandskumpeln erlassen worden, verzeihet „Bergknappe“? Es würde uns gar nicht wundern, wenn auch das behauptet würde! Weiter sollen verschiedene Verbandskumpel sich nach außen hin verhalten, den Beamten gegenüber aber lieb Kind spielen. Ja sogar Berater verschiedener Beamten sein. Selbstverständlich sind alle diese Kombinationen und Verachtigungen des „Bergknappen“ erfunden und zwar noch recht schlecht erfunden.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Auch eine Störung der öffentlichen „Ordnung“

Daß durch die Bewilligung der 12 1/2 Millionen zur Aufbesserung der Pfarregehälter in Preußen durch das preußische Reichsparlament die „öffentliche Ordnung gestört“ werde, haben sich die „christlichen“ Gewerkevereinsführer nicht träumen lassen, als sie den Geistlichen diese Millionen bewilligten, aber unsere weise Polizei, welche die Stimmung des Volkes besser kennt, weiß, wie empörend der Beschluß im Volk gemerkt hat und sucht nun möglichst zu verhindern, daß diese „Laf“ weiteren Volkstreiben bekannt wird. Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes für Saararabien hat neuerdings ein Flugblatt herausgegeben, in dem es heißt:

„Die Folgen dieser grausamen Steuern (die Worte des Zentrumsabgeordneten M. Schiffer — Der Berichterstatter) waren, daß alle Staatsbeamten bis zum König mit Gehaltsaufbesserung an die Parlamente kamen und alle begründeten ihre Gehaltsansprüche mit den Steuererhöhungen. Da aber der Landtag nicht nur das Recht hat, den Beamten Zulagen zu bewilligen, sondern auch über das Wohl und Wehe der staatlichen Grubenarbeiter entscheidet, reichte unser Verband 1908 eine Petition an den Landtag um Erhöhung der Löhne der preußisch-lippischen Bergarbeiter in Schaumburg-Lippe-Obernkirchen, deren Jahreslohn nur 908 Mk. betragen hat und, da der Landtag sich in seiner Mehrheit aus Patentschriften und Ueberpatrioten zusammensetzt, aus denjenigen Parteien nämlich, für welche die „königlichen“ Vergleute stets gestimmt haben, mußten wir annehmen, daß der Antrag nicht nur angenommen, sondern auf sämtliche preußische Staatsvergleute ausgedehnt werde. Am 10. Januar 1908 kam der Antrag zur Verhandlung und wurde von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Reinert-Hannover begründet und zwar mit demselben Hinweis auf die Steigerung der Lebensmittelpreise, womit die Regierung die Gehaltsaufbesserungen der Beamten begründet hatte. Aber was geschah? Ein „christlich-nationaler“ Bergarbeiterführer, ein frommer Zentrumsabgeordneter, August Bruch, stand auf und sagte:

„Bei der schlechten Finanzlage des Staates ist gar nicht daran zu denken, den fiktionalen Vergleuten die Löhne aufzubessern, um so weniger noch, da ja die Leistungen aller Staatsbergarbeiter gesunken sind. Erst sollen sie dieselbe Leistung aufbringen, wie in den Privatbergwerken, dann erhöht sich ihr Lohn schon von selbst.“

Diese Forderung wurde gegen die Stimmen der sechs Sozialdemokraten glatt abgelehnt, weil kein Geld in der Staatskasse ist. Dabei haben die preußischen Vergleute im Jahre 1908 der Staatskasse rein verdient: 16 183 710 Mk., die Saarvergleute allein 12 803 722 Mk.! Trotzdem ist kein Geld da, ihre Löhne aufzubessern. Der Antrag, auf die sämtlichen fiktionalen Vergleute ausgedehnt, hätte dem Staat 7 500 000 Mk. gekostet, so daß immer noch 9 Millionen Ueber-schuß verblieben wären. Doch man brauchte das Geld nötiger und dieselben Herren, welche gegen die Lohnaufbesserung der Vergleute stimmten, bewilligten an demselben Tage gegen die Stimmen der sechs Sozialdemokraten 12 500 000 Mk. zur Aufbesserung der Pfarregehälter!!! Wieviel Millionen haben die Pfarren dem Staat verdient? Daucht man in der Staatsaufstellung vergeblich danach, aber dennoch erhielten sie 12 500 000 Mk., die Vergleute, die dem Staate Millionen verdienen, erhielten nichts!!!

Dem Kameraden S. Heiterich-Kunfirden wurde die nachge-suchte Genehmigung zur Verteilung dieses Flugblattes an den Grubenausgängen mit folgender „Begründung“ verweigert:

Neunkirchen, den 29. Juli 1910.
An den pens. Bergmann Herrn Heiterich, hier.
Die Erlaubnis zur Verteilung des vorhergehenden Flugblattes an den Zugängen zu den Gruben König und Heintz-Dechen kann nicht gegeben werden. Die Stelle: „Wieviel Millionen haben die Pfarren dem Staate verdient?“ Daucht man in der Staatsaufstellung vergeblich danach, aber dennoch erhielten sie 12 500 000 Mk.“ jekt das Wirken der Geistlichkeit, dessen Zweck nicht der Gelderwerb ist, herab und ist geeignet, bei einem großen Teil der Bevölkerung Anstoß zu erregen. Es ist daher zu befürchten, daß durch die von Ihnen beabsichtigte Verteilung des Flugblattes die öffentliche Ordnung gestört werde.

J. B.: Der Beigeordnete: Wagner.
Das Wirken der Geistlichkeit hat nicht den Zweck des Gelderwerbs, aber dennoch streben sie nicht nur nach hohen Gehältern, sondern auch nach ganz ansehnlichen Nebenverdiensten. Den Anstoß nehmen die „königlichen“ Vergleute sicherlich mehr daran, daß die „Muster-vertreter“ im preußischen Reichsparlament alle Bergarbeiter-forderungen niedertrampeln, als daß die „nicht Geld erwerbenden“

Pfarren die 12 1/2 Millionen mit Grazie bewilligten. Aber das Verbot tut keine Wirkung nicht, das Flugblatt, um das sich die „königlichen“ Vergleute föhrlich reigen, wird den Weg unter die „königlichen“ Kumpels dennoch finden und mit dazu beitragen, die „saararabische Ordnung“ gründlich zu föhren.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

„Sündernde Beamte der Mansfelder Gewerkschaft.“

So unterzeichnen sich föhrlich die Einfender eines Schreibens, welches die Beamtenverhältnisse bei der kapitalistischen Ausbeutung des Mansfelder Landes beleuchtet. Es heißt darin u. a. „Auch unter den „festen Stützen“ der Gewerkschaft zittert der Boden. Die Kirchhofstraße von ehemals ist vorbei und der „zeleberrichte Geist“ macht sich auch in den Reihen bemerkbar, deren Glieder vor allem zum Schwelgen zum willenlosen Ausführen bestimmt waren. Wenn sie auch zum Teil zugleich mit den weniger mutigen oder rückständigen Elementen innerhalb der Arbeiterchaft brutal zu dem Verband „reichstreuer Vergleute und Hüttenarbeiter“ zusammengedrückt werden, der Grimm über das unwürdige Elfenleben wird damit nicht ausgemergelt.“

So herrscht jetzt offen und geheim Empörung über einen „vertraulichen Erlaß“ der Direktion, der nicht mehr und nicht weniger besagt, daß alle Betriebsbeamte, bei denen „bemerkt“ wird, daß sie dem reichstreuen Verbands entgegenarbeiten, an die Luft gefeßt werden müssen. Namentlich die Steiger sind da benannt. Das alle Begehrungs- und Denunzationsheilm! Man will überhaupt eine Ver-zingerung dieser Beamtenkategorie herbeiführen und möchte dazu die „Anzufriedenheit“ als Vorwand benutzen. Um die Beamten, deren Zahl vermindert werden soll, zu Unüberleglichkeiten hinzureißen und die Möglichkeit zu haben, die Böse von den Schafen zu sondern, hat man am grünen Tisch ein hübsches Bländchen ausgedacht. Es ist den Beamten die jetzt nach drei langen Jahren fällige Zulage von ganzen 10 Mark einfach gesperret worden! Verschiedenen Maschinenleitern, sechs an der Zahl, hat man einfach gesagt, sie könnten überhaupt keine Zulage mehr bekommen, da sie keine Schule besucht hätten! Das sind herrliche Wagnisse. Die noch vorhandenen Anstellungsurkunden dieser Leute weisen aus, daß sie wegen ihrer Geschicklichkeit und Umsicht bei der schweren Wasserlammität ausgangs der achtziger und anfangs der neunziger Jahre vom Handwerker zum Beamten vorrückten. Außerdem sind diese Beamten schon in den höheren Vierzehner; sie können also nicht mehr weichen und müssen mit ihren Familien ausfallen, resp. — hungern.

Es wird bei denen, die es wissen können, aber auch von beabsichtigten Arbeiter-Mündigungen gesprochen. Man will die damit treffen, die sich nicht in die gelbe Organisation der Gewerkschaft hineinbringen lassen. Auf diese Weise hoffen wohl die Herren Nachtschaber, die Arbeiter Kirche maden zu können? Aber sie treten sich jedenfalls. Denn auf den läppischen Köber, der ihnen da von Werks wegen hingehalten wird, fallen die Mansfelder Bergknappen nicht mehr hinein. Die „Reichstreue“ war einmal. Und die Herren Direktoren und Aufsichtsräte dürften nicht mehr genug sein, zu glauben, daß die heutigen „Reichstreuen“ denen von ehemals auch nur im geringsten gleichen... Diese Zusage, die das „Haller Volksblatt“ veröffentlicht, spricht für sich selbst.

Königreich Sachsen.

Die Zentrumspreffe appelliert an das evangelische Bewußtsein.

Die Zentrumspreffe weiß folgendes zu berichten: „Im Anfang des Jahres 1907 erhielt ein evangelisches Arbeitervereinsmitglied folgenden Brief:

An Kamerad Sch...!
Teile Dir hierdurch mit, daß sich Dein Verhalten mit unserem Verbandsstatut nicht vereinbart. Eines von beiden mußt Du meiden, entweder Du trittst vom Evangelischen Arbeiterverein aus oder vom Verband, sonst muß die Zustelle dazu Stellung nehmen. Teile mir bis zum letzten Februar Deinen Entschluß mit.
J. A. Emil Markert.
Folgt Stempel: Verband der Bergarbeiter, Mitgliedschaft Klein-dorf bei Zwickau.“

An diesen Brief wird nun folgende Bemerkung geknüpft:

„Also, weil der Mann einen evangelischen Arbeiterverein angehört, kann er nicht Mitglied des alten Verbandes bleiben.“ Die Zentrumspreffe appelliert also an das evangelische Bewußtsein. Der Zweck heiligt eben die Mittel. Weil ihr nun kein anderes Material zur Verfügung steht, gräbt sie diesen alten Schindler aus, der schon 1907 seine Erledigung gefunden hat. In seiner Nr. 16 vom Jahre 1907 hat der „Bergknappe“ dieses Schreiben schon veröffentlicht; in der Nr. 17 der „Bergarbeiter-Zeitung“ von 1907 wurde schon konstatiert, daß es sich nur um einen Uebergriff eines Vertrauensmannes handelte, der vom Verbandsvorstand die nötige Zurückweisung erfahren hat. Zu einem Schreiben vom 5. März 1907 teilte der Vertrauensmann Markert dem Verbandsvorstande mit, er habe Sch. in einem Schreiben aufgefordert, entweder aus dem evangelischen Arbeiterverein oder aus dem Verbandsverbande auszutreten. Dieser Aufforderung sei derselbe nicht nachgekommen und müsse darum vom Verbandsverband gegen ihn vorgegangen werden. Schon am 6. März 1907 hat der Verbandsvorstand auf dieses Ansuchen wie folgt geantwortet:

„Dein Begehren, den Kameraden aus dem Verbandsverbande oder aus dem evangelischen Arbeiterverein auszuscheiden zu sehen, entspricht uns nicht richtig. Wir wollen nicht zwingen, sondern aufklären. Daß Sch. den Verband schädigt, hast Du nicht behauptet und müßte auch beweisen werden. Nach § 26 unseres Statuts gehört die Zugehörigkeit des Kameraden zum Verein nicht zu den Angelegenheiten, deren Diskussion innerhalb des Verbandes gestattet ist.“

Das Verhalten des Verbandsvorstandes war also ganz korrekt; er hat die Auffassung des Vertrauensmannes Markert nicht geteilt und sein Schreiben an Sch. nicht gutgeheißen. Sollte er konnte er noch mehr tun? Daß die Sache aber, trotz unserer damaligen Nichtigstellung, von der Zentrumspreffe wieder ausgegraben wird, zeigt, daß hier in der Tat der Zweck die Mittel heiligt.

Süddeutschland und Reichslände.

Zur Ablehnung des Achtstundentages in Bayern

wird uns geschrieben:

Am 28. Juli war ein Wendepunkt für die Bergarbeiter Bayerns zu verzeichnen, der dieselben von neuem dazu treiben wird, die alte Kardinalforderung des Achtstundentages von neuem zu stellen. Die Kammer der Abgeordneten stellte sich ja im Juni, mit Ausnahme von wenigen Abgeordneten, die keinen blauen Dunst vom Bergbaubetrieb haben, auf den Boden des Achtstundentages, trotz des gänzlich verunglückten Speechs des Ministerialdirektors v. Nauw, der eigentlich die Frage aus dem Sacke ließ und den Gedankengang der hohen Reichsräte, die ja lebhaft an einer längeren Arbeit interessiert sind, hervorkehrte. Minister v. Podewils ging ja diesmal etwas schlauer um den Drei herum, meinte, daß die Regierung nicht prinzipiell ablehnend der Ver-fürzung der Untertagsarbeit gegenüberstehe, daß aber lediglich der Grund beisehe, daß Preußen, der größte Montanstaat, ebenfalls den Achtstundentag nicht bestrebe, ergo könnte man einem so schwierigen, kleinen und schwach entwickelten bayerischen Bergbau nicht die Ver-fürzung der Arbeitszeit zumuten; v. Podewils verpricht noch, ernstlich bestrebt zu sein, etwa zulage tretenden Mißständen in Bezug auf Arbeitszeit und Strafen mit aller Energie entgegenzutreten. Nun, wir werden uns das gut merken. Betont muß werden, daß im Abgeordneten-hause eine bessere Einsicht herrschte, als bei den allerdings kom-merziell interessierten Reichsräten. Nur den heiligen Profit nicht in Gefahr bringen, was nichts kostet, wird gerne gegeben!

Sämtliche Redner der Fraktionen im Landtage bedauerten, daß sie gezwungen seien, auf den Achtstundentag zu verzichten, um nicht die anderen Vorteile den Bergarbeitern zu gefährden. Trefflich kennzeichnet der Abgeordnete Cegiz die Situation, indem er ausführt: „Wir vertennen nicht, daß der Entwurf auch ohne den Achtstundentag und ohne Einschränkung der Strafbestimmungen einen wesentlichen Fortschritt bedeutet; allein was nützen alle Kontroll-maßregeln, wenn durch überlange Arbeitszeit die Gesundheit und das Leben der Bergarbeiter schwer gefährdet und die Unfallziffer immer noch auf dieser außerordentlichen Höhe erhalten wird! Die Ablehnung des Achtstundentages ist Undankbarkeit und Unfreundlichkeit gegen jene Unternehmer, die die Arbeitszeit bereits verkürzt haben. Preußen war von jeher in Bezug auf Sozialpolitik der aller-rückständigste Staat und es wäre sehr zu bedauern, wenn Bayern ihm darin folgen würde. Sämtliche Bergarbeiter sind für den Achtstundentag und es ist eine Unfreundlichkeit der ersten Kammer gegen die zweite Kammer, daß dieser mindestdens schon zehn Jahre alte

Wunsch der zweiten Kammer abermals abgelehnt wurde. Bei der Regierung scheint seit der ersten Beratung wenigstens infolge einer kleinen Besserung eingetreten zu sein, als sie sich jetzt nicht mehr prinzipiell ablehnend gegen den Achtstundentag verhält. Wir beharren grundsätzlich auf der Forderung des Achtstundentages und der Herabsetzung des Strafverfahrens, allein, wenn die entgegenstehenden Beschlüsse der Reichsratskammer angenommen werden sollten, so werden wir trotzdem dem Entwurf zustimmen, weil immer noch wesentliche Verbesserungen in denselben enthalten sind.

Die wesentlichen Verbesserungen, die voraussichtlich am 1. Oktober in Kraft treten, werden die Kameraden benutzen und dafür sorgen, daß die königlich-bayerische Sozialpolitik den Bergarbeitern gegenüber nicht einseitig ist. Nur auf Grund der steten Hinweise in Presse und Versammlungen und Petitionen ist ein teilweiser Erfolg zu erzielen gewesen. Auf keinen Fall können aber die Bergarbeiter Bayerns mit dem Gebotenen sich zufrieden geben, denn gar manches Unrecht und mancher Mißstand gilt es zu beseitigen und manche Forderung, erst recht auf knappschaftlichem Gebiete, durchzuführen; dazu bedarf es geschlossenen Vorgehens und des Kampfes nach zwei Fronten. Darum nicht rasten, sondern mutig vorwärts streben!

Die Taktik gewisser christlicher Gewerkschaftsführer

wird sehr beleuchtet durch einen Brief, den der bayerische Abgeordnete Uer neuerdings (siehe auch Nr. 170 der „Münchener Post“ abgedruckte Schreiben) an Herrn Ludwig Hinterfeer, Sekretär der christlichen Bergarbeiter in Amberg, gerichtet hat. Das am 27. Juli abgeschickte Schriftstück hat folgenden Wortlaut:

„Unterm 22. Juli 1910 teilte Sie mir mit, daß Sie jetzt meinem Wunsch vom 2. ds. nachkommen und mich nun zu einer Versammlung einladen, die am 30. Juli 1910 im Gasthof zur alten Post (kath. Gefellenhaus) in Rosenheim stattfinden. Sie schreiben in dem Briefe: „Sie sehen, daß ich mein Versprechen hatte, und hoffe, daß auch Sie das Ihrige halten.“ Das zwingt mich zu folgender Feststellung:

Mein Brief, den ich an Sie richtete, wurde Ihnen laut Bestätigung des Postamtes Amberg, deren Richtigkeit auch von Ihnen unterchristlich anerkannt ist, am 22. Juli 1910, früh 7 1/2 Uhr, übergeben. Ihr an mich gerichteter Brief wurde am 22. Juli, nachmittags zwischen 3 und 4 Uhr, bei der Post in Amberg aufgegeben. Das Lokal im Gasthof zur alten Post (kath. Gefellenhaus) in Rosenheim wurde von Ihrem Herrn Kollegen Breitenhuber am Freitag den 23. ds. abends bestellt.

Daraus ergibt sich also, daß Sie die Versammlung für 30. Juli erst nach Erhalt und Kenntnis meines Briefes arrangierten. Nachdem ich Ihnen, wie ich annehme, sehr prägnante Vorschläge für die Versammlung unterbreitet habe, welche ich nicht, was Sie mit Ihrer nachher eilig hundertsten Kallei-Versammlung wollen. Sie werden doch der Beweiskraft, die Sie am 2. Juli ankündigten, nicht aus dem Wege gehen wollen! —

Der Gemeindegewerkschaftsverband hat das Lokal im Saurbräukeller für Samstag fest gemietet. Diese Versammlung muß stattfinden. Ich kann mich also nicht frei machen. Ihre Beziehungen zum kath. Gefellenhaus in Rosenheim erwidlichen es Ihnen wohl, das Lokal wieder abzugeben.

In Nr. 168 des Wendelstein wird mitgeteilt, daß neben Ihnen die Herren Abgg. Königbauer und Oswald zur Versammlung am 30. ds. kommen. Ich lade beide Herren höflichst ein, zu der Versammlung im Saurbräukeller zu kommen. Ihnen habe ich nahezu drei Wochen Zeit gelassen zur Einlösung Ihres Versprechens. Sie haben nichts getan und Ihr Wort nicht eingelöst, bis ich Sie neuerdings stellte. Sie sind davon verpflichtet, in der Saurbräukeller-Versammlung zu erscheinen und Ihre Behauptungen, die ich auch heute als Unwahrheiten qualifiziere, mit den versprochenen Beweisen zu belegen.

E. Uer, Landtagsabgeordneter.“

Der wädrere Hinterfeer hat sich wohl nicht trümen lassen, daß man ihm so genau auf seinen Schleichwegen nachgehen würde.

Christliche Kampfesweise in Saarabien.

Seit jenen unergreiflichen Tagen, an denen der Tölezer „Walter Fürst“, bekannt unter dem Namen „Geftein König“, die Saarbergleute auf dem „Mittel-Wildbret“ versammelte und jene gewaltige Bewegung entfesselte, die ihr Ende erst mit dem Zusammenbruch des Reichskönigvereins erreichte, gingen die Wogen nicht mehr so hoch, als jetzt. Aber, während in jenen Tagen für die Saarbergleute die schönen Worte Müßelmanns galten: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr“, während sie damals geschlossen gegen die fiktive Werkleitung ankämpften, um Recht und Freiheit zu erlangen, zerfielen sie hier heute gegenseitig, Werkverwaltung und Regierung können ohne Gefahr für sie diesem grausamen Spiele zusehen!

Der „königlich-christliche“ Gewerksverein, dem sich die fiktive Werkleitung mit Genehmigung des Handelsministers und der Werkverwaltung anschließen dürfen und sogar anschließen sollen, betrachte deshalb Saarabien als seine Privatdomäne, wo keine andere Organisation etwas zu suchen hat und sofern es dennoch eine wagen sollte, in diese „königlich-christliche“ Domäne einzubringen, die der Werkverwaltung unangenehm werden könnte, ist es Aufgabe der Gewerksvereinsleiter, die Verwaltung vor einer solchen Organisation zu schützen, jede Bewegung zu unterdrücken! Nun kann es der Gewerksverein im Saarrevier ebenso wenig wie anderswo zu einer nennenswerten Stärke bringen, denn in den fünf bis sechs Jahren seiner Tätigkeit in Saarabien hat er kaum 8000 Mitglieder gewinnen können, trotz der gewaltigen Protektion von allen Seiten, trotzdem der Gewerksverein mit Wahrgelungen verschont wird, trotzdem der Bergat Giani öffentlich für ihn eingetreten ist und trotzdem die Obersteiger Lemmert und Groß und andere ihre Leute direkt zum Beitritt aufzufordern haben! Versammlungslokale stehen ihnen in allen großen Ortschaften zur Verfügung, in den meisten sogar die größten und die bürgerlichen Zeitungen bis zur national-liberalen „Saarbrücker Zeitung“ nehmen Berichte und Artikel der M.-Glabbacher Generalsekretäre auf und dennoch haben sie nur dort Eingang gefunden, wo, wie in Dudweiler und Bittlingen die katholische Geistlichkeit für sie eingetreten ist. Wo sich diese passiv verhielt oder sich dem Gewerksverein widersetzte, blieb das Häuflein der „Leberzeugen“ sehr klein. Darin dürfte Herr Dechant Hansen recht haben, daß der Umfang der Fachabteilung heute noch erheblich stärker ist, als derjenige der M.-Glabbacher, nur verstehen diese den Himmel besser, sich bewertbar zu machen und zum andern feigen die „Berliner“ im Kampfe mit ihren Gegnern nicht bis zur Niedertracht gemeinsamer Verlogenheit herunter und so ziehen sie gegenüber den M.-Glabbachern den Kürzeren.

Bei den Sicherheitsmännerwahlen haben die M.-Glabbacher unstreitig eine Schlappe erlitten, um aber dennoch einen „Sieg“ daraus zu machen, zählen sie sich die unorganisierten zu, laden diese zu ihren Sitzungen ein, zahlen ihnen Fahrgehalt und 1,50 Ml. Begehrd! Man will eben „stark“ sein. Da man nun an Unorganisierte aus der Gewerksvereinsklasse kein Fahr- und Begehrd zahlen kann, wie ebenfalls nicht an national-liberale Versumpfungstafeln, so wird man, wie man für diese das Geld aus der national-liberalen Parteikasse erhalten hat, jenes wohl von einem andern „reichen Onkel“ erhalten haben.

Unser Verband konnte unter dem Werksterver, unter dem Druck der Werkstätten und Geistlichkeit bisher nicht vorwärts kommen und die „Christlichen“ haben diesen Zerwürfismus und Druck geschickt gefördert. Vor allem bedienen sie sich der schmutzigen Mittel der Denunziation und des Boykotts zwecks Saaladretzung! Wir haben schon mehrfach mitgeteilt, daß die Kameraden Engel und Färber in der „Saarpost“ und im „Wergkruppen“ so oft als Sozialdemokraten denunziert wurden, bis ihre Entlassung erfolgte und daß ebenfalls von Erbach aus die Besucher einer Bergarbeiterversammlung als Sozialdemokraten denunziert wurden! Heute erfahren wir einen noch gemeineren Streich.

Vor zwei Jahren traten in Wieselkirchen 36 Mitglieder aus dem „königlich-christlichen“ Gewerksverein und wenige Tage später mußten sich die sämtlichen 36 auf den Gruben König und Dechen beim Obersteiger melden! Die Obersteiger Lemmert und Groß teilten den Leuten mit, daß Anzeige gegen sie erstattet sei, sie sollten bedächtig sein, dem Bergarbeiterverbande anzugehören! Damals nahm man an, die Wieselkirchener Polizei habe diese „Anzeige“ erstattet, während wir jetzt erfahren, daß diese Denunziation vom Gewerksverein ausgegangen ist! Die Obersteiger Lemmert und Groß als Beauftragte des „königlich-christlichen“ Gewerksvereins mußten die Leute warnen und zur Rückkehr zum Gewerksverein anhalten! In jüngerer Zeit hielt ihnen auch dieses Mittel nicht mehr, der Zug der Bergleute geht nach ihrer wahren Organisation und deshalb der überaus schmutzige Kampf gegen den Bergarbeiterverband. Nicht in sachlicher, sondern in persönlicher Form und was in den letzten Wochen unser Kamerad Leimpeters an Verleumdungen hat über sich ergehen lassen müssen,

geht auf seine Ruhhaut mehr. Keiner von sämtlichen Angeklagten des Verbandes muß durch eine solche Schmutzflut waten, wie er, aber erwidern können sie ihn nicht.

In Dudweiler fand am 25. Juli eine öffentliche Verhandlung statt, in welcher vier christliche Generalsekretäre mit ihrem ganzen Stab auf ihn losrückten. Nach dem Referat Leimpeters' meldeten sich sofort acht „Christliche“, darunter vier Generale, zum Wort, die sämtlich gegen ihn, nicht gegen das Unternehmertum sprachen oder sprechen wollten. Herr Dümer gestel sich in der Rolle eines Geheimen Geschreibens, der den Status gegen die Angriffe eines von Leimpeters' geschriebenen Flugblattes verteidigte und ebenso den preußischen Landtag in Schutz nahm, weil er die beantragte 30 Pf.-Lohnerhöhung für die Staatsbergarbeiter ablehnte, dafür jedoch 12 1/2 Millionen zur Verbesserung der Farrergehälter bewilligte! Nach Dümer sprach der M.-Glabbacher Spreibinger der Familie de Wendel, Herr Collet aus Klein-Nofeln, der in seiner fanatisch verlogenen, persönlich gehässigen Weise über Leimpeters herfiel — er fühlte sich in Dudweiler „stark“ — und dadurch eine Unruhe entfachte, daß Leimpeters die Versammlung einfach schließen mußte. Er erklärte, es abzulehnen, eine „christliche“ Nadawersammlung zu leiten und da er sich außerstande sehe, die „christlichen“ Schreier ruhig zu halten, möchten die Herren „Christen“ ihre Nadawersammlung selbst leiten. Darauf sprang der von Dümer benannte satzame — rühmte Engel vom „christlichen“ Metallarbeiterverband auf und rief: „Ich erkläre Leimpeters als einen Dampfen und fordere von ihm meine 100 Ml. zurück! Außerdem wollte der Mensch verklagt sein! Dieser Mensch ist aber für die ganze anständige Menschheit hinlänglich gerichtet, wozu also einen moralischen Toten nochmals richten?“

Mit den 100 Ml. hat es folgende Bewandnis: Als Engel noch sein Wesen im Minettegebiet trieb und dort als „christlicher“ Generalsekretär in Abtungen in einer öffentlichen Versammlung den Revolver aus der Tasche zog und allen Zuhörern das M.-Glabbacher „Christentum“ in den Kopf schieseln wollte, dabei von sozialdemokratischer „freier Liebe“ gesprochen hatte, brachte die „Vollmacht“ einen Artikel, in dem Engel verurteilt wurde, daß an seinem Trautag in Mühlhausen, als er aus der Kirche kam, ein anderes Mädchen Papa Engel sein Kind vorhielt, daß er bei einer anderen Gelegenheit hätte über einen Lattenzaun klettern müssen, dabei die Hose zerrissen hätte und dann waren recht kräftige Worte daran geknüpft. Engel fühlte sich beleidigt, nicht etwa wegen den tatsächlichen Behauptungen, sondern wegen der „groben Ausdrücke“, wegen der Schimpfworte. Der Mann, der keine zwei Worte sagen kann, ohne ein Schimpfwort zu gebrauchen, fühlte sich beleidigt, Leimpeters, dem es nicht vergönnt wurde, den Wahrheitsbeweis zu führen, wurde wegen formaler Beleidigung bestraft, Herr Engel mußte die Müssen zahlen. Diese betragen 100 Ml. Engel täte gut, sich nicht zu sehr vorzutragen, er bedarf sehr der „Schonung“. Die „Christen“ eröffnen darauf eine neue Versammlung und wollen das Geschimpfe fortsetzen, jedoch wurde die Versammlung zweimal aufgelöst, weil der Leberwache die als Fortsetzung einer politischen Versammlung betrachtet, die vorher angemeldet sein mußte. Darauf gingen sie in ihr Vereinslokal und feierten dort das hohle Geschimpfe fort, während acht Gewerksvereiner ihren Uebertritt zum Verband erklärten! Aber nicht nur in „christlichen“ Bergarbeiterversammlungen, sondern bei den „christlichen“ Bauarbeitern, Eisenbahnern, Metallarbeitern geht das Geschimpfe munter weiter, so daß die Werkverwaltungen, die Weisvorst, Dr. Tille, Nöckling, Wopelius, Meppert, v. Stumm usw., ganz im Hintergrund verschwinden. Der ganze Kampf der „Christlichen“ richtet sich allein gegen Leimpeters, der schuld sein soll an dem schlechten Los aller Arbeiter in Saarabien! Der Kampf hat geradezu wilde Formen angenommen. Man kann sich denken, was es heißt, wenn ein Mann, wie unser Verbandsangehöriger, sich gegen das hohle Geschimpfe wehren muß. Auf die Dauer kommt es dennoch anders. Die Not bricht Eisen, die Not zwingt auch die Bergarbeiter zur Einigkeit und der nagende Hunger in den Eingeweiden der „königlich-christlichen“ Bergarbeiter wird ihnen den M.-Glabbacher Rebel schon aus den verdrehten Köpfen verschneiden. Bei Philipp sehen wir uns wieder!

Lohnbewegungen und Streiks.

Werkarbeiterstreik in Hamburg.

Die sämtlichen auf den Hamburger Schiffswerften beschäftigten Arbeiter sind am 4. August in den Streik getreten. Die von ihnen geforderten Forderungen sind rücksichtslos zurückgewiesen, so daß zu diesem Mittel gezwungen werden mußte.

Es kommen alle gelehrten und ungelehrten Arbeiterkategorien in Betracht und sind für diese die Hamburger Werften gesperrt. Die organisierten Arbeiter allerorts werden ersucht, Hamburg zu meiden.

Lohnbewegung der Schieferbrucharbeiter in Esheten.

Auf dem Friedrichsbruch bei Esheten stehen die Hüttenarbeiter seit einiger Zeit in einer Lohnbewegung. Wer die Anspruchslosigkeit der dortigen Arbeiter kennt, der weiß, daß es schon nicht mehr zum Ausschalten sein muß, wenn die Schieferarbeiter es wagen, Forderungen an ihren „Herrn“ zu stellen. Denn die Anspruchslosigkeit und Bescheidenheit der Schieferarbeiter trägt die Schuld, daß sich dort die Herren Brucharbeiter Dinge erlauben ihren Arbeitern gegenüber, die anderswo einfach unmöglich sind. Das ist auch bei dem Direktor Sch vom Friedrichsbruch der Fall. Der Mann scheint sich einzubilden, den Herrscher aller Reußen spielen zu können. Hungerlöhne und Heberstunden, das ist die Parole dieses Herrn. Die Arbeiter haben in einer Vorgesellschaftsversammlung beschlossen, einen Lohn- und Arbeitsvertrag auszuarbeiten und denselben durch die Organisation der Verwaltung zu übermitteln. Das ist geschehen. Antwort, welche sich zum 28. Juli erheben wurde, ist nicht eingetroffen, worauf die Vertreter der Organisation beim Herrn Direktor Sch am 30. Juli vorstellig wurden, um zu versuchen, die Differenzen auf dem Wege der gegenseitigen Verhandlungen zu beseitigen. Ein schroffes Zurückweichen der Vertreter war die Antwort des Herrn Sch. Wenn auch sein Auftreten nicht besonders viel Menschenfreundlichkeit verraten hat, so aber zweifellos das eine, daß Herr Sch noch recht viel zu lernen hat. Ein Arbeitgeber, der seine Arbeiter aussperrt, weil dieselben einen Mindestlohn von 3,30 Ml. haben wollen, zeigt damit nur sein soziales Unverständnis. Bei geprüfelter, schwerer, der Gesundheit aufreibender Arbeit nicht einmal einen Lohn von sage und schreibe 3,30 Ml. ist ein Standa, wie er schlimmer nicht bezichtigt werden kann. Diesem Herrenmenschen zu nahe macht, müßte jeder gerechdenkende Mensch sagen, daß auch hier einmal die Zeit kommen wird — und sie ist nicht mehr allzu fern — wo man in dem Thüringer Schieferarbeiter den Menschen anerkennen muß, was man bis jetzt nicht getan hat. Die Arbeiter haben deshalb, da man ihre Organisationsvertreter barock abgewiesen hat, die Kommission, welche an demselben Tage verhandeln wollte und die man bis zum Montag verteidigte, sofort einmütig die Kündigung eingereicht. Herr Sch sperkte daraufhin am Montag sämtliche organisierten Arbeiter aus und ist somit kontraktbrüchig geworden. Das war das Dummste, was er machen konnte, weil dadurch der Weg der Verhandlungen erschwert ist und die Kündigungsentschieden bezahlt werden müssen. Wir wollen, um die Erbitterung nicht noch zu steigern, heute darauf verzichten, die schönen Worte des Herrn Sch hier mitzuteilen. Sie zeigen so recht, mit was für einem anständigen und gebildeten Mann wir es hier zu tun haben. Die Schieferarbeiter, deren Leben überhaupt nur möglich ist durch angepaßte überlange Arbeitszeit auf dem Bruch und zu Hause, unter ständiger Mißhilfe der Frau und der Kinder, werden aus diesen Vorgängen hoffentlich lernen und den Weg zur Selbsthilfe finden.

Der Streik in Rosdjin-Schoppinitz.

Nach jeder wöchentlichen Kampfs auf der Zinkhütte Wilhelm, welcher durch die polnische Berufsvereinigung geführt wurde, sind die Arbeiter durch die Hartnäckigkeit der christlichen Ausbeuter gezwungen, die Arbeit ohne irgend welchen Erfolg oder Aufbesserung ihrer ungenügschlich schweren Lage wieder aufzunehmen. Jeder gewissenhafte Mensch, welcher die efernden Verhältnisse in den obersteichlichen Zinkhütten kennt, würde sich gewiß freuen, wenn die Arbeiter durch diesen gerechten Kampf auch nur etwas ihre Lage gebessert hätten. Leider hat die Macht des Kapitals gegiegt und der bis auf das äußerste ausgeparmete Arbeiter muß sich weiter unter dem alten Joche beugen. Ein Teil der Streikenden ist schon vor Beendigung des Streiks ausgewandert, meistens die, welche in den herrschaftlichen Wohnungen ansäßig waren und nach einigen Wochen des Kampfes mitsamt ihren Familien auf die Straße ausgefetzt wurden und zwar einzig und allein

dafür, daß sie ein paar Pfennige mehr Lohn gefordert haben, um ihr lägliche Dasein etwas zu lindern. Mit Hunger und Verlosung hat die Gesellschaft Gleiches Erben, eine der reichsten in Oberschlesien, Hunderte von sähglichen und sähglichen Arbeitern von der väterlichen Scholle verbannt.

Der Streik in Rosdjin-Schoppinitz hat wieder einmal deutlich gezeigt, daß es sich bei den Nationalpolen um das Wohl des Arbeiters nicht im geringsten handelt. Der Abgeordnete Koszanski, welcher der Hauptführer des Streiks war, hatte sehr gut verstanden, den ganzen Kampf für seine politischen Zwecke, besonders aber für seine Selbstläuter „kurzer Glasi“ und „Polat“, auszunutzen. Wenn hier schon Fehler begangen wurden, welche bei einem Kampfe, bei dem es sich lediglich um Lohnforderungen handelt, nicht vorkommen dürfen, so ist das Verhalten oder besser gesagt, das Gehen der Nationalpolen gegen die Arbeitersolidarität zur Zeit des Streiks auf das schärfste zu rügen. Fast in jeder Nummer der oben genannten Zeitungen wurden Mißhandlungen gegen die Sozialdemokratie geschrieben. Und die Führer der polnischen Berufsvereinigung haben massenhaft Versammlungen veranstaltet, in welchen sie spezielle Mejerate gegen unsern Verband und die Sozialdemokratie hielten. Die Vereinigung wurde natürlich als die stärkste und beste Organisation, dagegen die Verbände als minderwertig und als Streikbrecher vorgefellt. Folglich wurde ein richtiger Rang auf die Mitglieder veranlaßt und leichtgläubige Menschen gibt es in Oberschlesien leider noch sehr viel.

Der Streik in Rosdjin-Schoppinitz hat vielen Arbeitern die Augen geöffnet und ihnen gezeigt, daß sie ihre Arbeiterinteressen nur in den Zentralverbänden wahren können. So wie die Maurer in Oberschlesien mit Hilfe der starken Organisation ihre Forderungen durchgesetzt haben, so können auch die Hütten- resp. Grubenarbeiter nur durch eine starke Organisation ihre Lage verbessern. So wie der Weutener Verband zur gegenseitigen Hilfe seinerzeit den Hüttenarbeitern bei Gleiwitz eine Niederlage bereitet hat, so hat auch gegenwärtig die polnische Berufsvereinigung deutlich bewiesen, daß sie einen jeglichen Kampf durchzuführen vollständig unfähig und untüchtig ist. Solange auch die Nationalpolen in Oberschlesien die Oberhand führen werden, solange kann auch der obersteichliche Arbeiter an eine Besserung seiner Lage nicht einmal denken.

Daher, Kameraden, antizipiere rege für unsern Verband, sorgt dafür, daß auch den irregulierten Kameraden, welche sich durch Schlagworte und Phrasen betören lassen, baldmöglichst die Augen aufgehen werden.

Mitteilung der Redaktion.

Die Kameraden in den Revieren außerhalb des Ruhrbedens mögen entschuldigen, daß wir bis zum 17. September den Raum der Zeitung mehr wie sonst mit der Besprechung der Vorgänge im Ruhrbeden füllen. Die kommenden Wahlen sind so bedeutungsvoll für den Gesamtverband, daß nicht nur die Ruhrbergleute, sondern auch die ganze Öffentlichkeit an dem Ausfall der Wahlen, besonders der Knappschaftswahlen, interessiert sind. Unsere Gegner arbeiten verzweifelt. Dennoch müssen die Wählerwahlen mit einer solchen Niederlage der vereinigten Gegner enden, daß sie an eine Erholung nicht mehr denken können.

Briefkasten.

Z. M. Westfalen in Asten. Laßt doch solche Beschwerden durch den Arbeiterausschuß vorbringen. — Z. Sch., Haborge-M. Aus Deinem Schreiben ist nicht zu ersehen, wer für den Unfall verantwortlich ist. Wendte Dich um Auskunft an unseren Bezirksleiter Franz Milmann, Haborge-Süd, Gartenstraße 27 I.

Literarische Eingänge.

Der Staat, die Industrie und der Sozialismus.

Diesen Titel trägt eine Sammlung von Broschüren, die der Verlag von Maden & Co. in Dresden herausgibt. Verfasser ist der Genosse Farbuss. Die erste, jedoch erschiene Broschüre führt den Sonderkittel: Das soziale Problem unserer Zeit. In Abständen von fünf bis sechs Wochen sollen dann zwei weitere Broschüren folgen. Die drei ersten Broschüren (außer der bereits genannten eine mit dem Titel: Die Banken, der Staat und die Industrie, und die andere, benannt: Die Verstaatlichung der Banken und der Sozialismus) sind aber gleichzeitig in einer besseren Ausgabe, zusammengefaßt als Buch, erschienen. Der Preis der ersten Broschüre beträgt 40 Pf., der des Buches 8 Ml.

Den leitenden Gedanken seiner Arbeit hat der Verfasser in folgendem Geleitwort, das wir gekürzt wiedergeben, niedergelegt:

„Das Proletariat hat über ein halbes Jahrhundert gebraucht, um sich selbst, seine Klassenstellung in der kapitalistischen Gesellschaft kennen zu lernen. Das war für die Arbeiter das geistige Ergebnis der bürgerlichen Revolutionen, die sie durchgekämpft hatten. Gegenwärtig Zeit verging, bis das Proletariat das innere Getriebe der kapitalistischen Staatspolitik erfaßt hat. Das ist die Erregungskraft, die uns die Periode des Parlamentarismus hinierläßt. Daß der Staat die politische Organisation der Klassenherrschaft darstellt, mußten wir längst; aber zwischen dieser Grundidee und dem Durchdringen der kapitalistischen Staatspolitik in all ihren Tiefen und Verzweigungen liegt eine Welt der materiellen Kämpfe und geistigen Erkenntnis. Das nächste, was not tut, ist ein ebenso tiefes geistiges Durchdringen der kapitalistischen Produktion. Ihr Grundgesetz ist die Mehrwertbildung — das bildet die Grundlage unserer Agitation. Doch das allein genügt uns nicht mehr. Wir müssen die inneren Beziehungen des kapitalistischen Weltmarktes ebenso geistig beherrschen, wie den Parlamentarismus, wie die kapitalistische Staatsmaschinerie. . . .“

Für den Theoretiker entspringt daraus die Aufgabe, die Erfahrungen der praktischen Kämpfe in ihrer Grundidee zusammenzufassen, das Ganze vom Gesichtspunkte der sozialrevolutionären Entwicklung zu beleuchten und daraufhin die Ideen der sozialen Revolution weiter zu bilden.

Aber die Entwicklung des proletarischen Klassenkampfes vollzieht sich innerhalb der kapitalistischen Entwicklung. Wir sind nicht allein fortgeschritten, sondern auch die kapitalistische Produktion. Ohne in ihren Grundlagen geändert worden zu sein, sieht die kapitalistische Welt jetzt anders aus, als zur Zeit der ersten Veröfentlichung des kommunistischen Manifestes. Gewalttätige Kapitalkonzentrationen haben sich vollzogen, die das, was damals als Tendenz erschienen war, vor unseren Augen zur Wirklichkeit gestalten, die nun ihre eigenen Tendenzen entwickelt. So sind wir aus dem Zeitalter der Konkurrenz in das Zeitalter der Monopole hinübergeglungen.

Es ist deshalb schon lange ein sowohl von der Sozialdemokratie wie von den Gewerkschaften empfundenes Bedürfnis, sich über diese modernen kapitalistischen Bildungen — es gehören dazu, neben den Kartellen, Syndikaten, Trusten, besonders die Geflechtenbanken — Klarheit zu verschaffen. Wir kommen in dem Maße, wie die kapitalistischen Neubildungen sich geltend machen und unter ihrem Einfluß gewaltige wirtschaftliche und politische Nachverschiebungen sich vollziehen, mit unserer allgemeinen Gegnerschaft gegen die kapitalistische Produktionsweise nicht mehr aus, wir müssen ihre inneren Beziehungen kennen lernen, um sie wirksam zu bekämpfen.

Alles in eins gefaßt, ist der leitende Gedanke dieser Sammlung, den wirtschaftlichen Ideengehalt unserer Agitation den Forderungen der Reuzzeit anzupassen. Das ist die Richtlinie; das Programm selbst ist so umfassend, daß es gewiß nicht in der Kraft des einzelnen liegt, es zu erfüllen. Es sind neue wirtschaftliche Momente entstanden, die erörtert werden müssen; ein neues Tatsachenmaterial hat sich angeammelt, das die alten Gedankengänge des Sozialismus unterläßt und neu belebt. — Wer auf dieses Forschungsgebiet sich begeben, kann aus dem Vollen schöpfen.

Jede Broschüre behandelt ein eigenes Thema; sie sind aber miteinander innig verbunden durch die Zusammenhänge der kapitalistischen Produktion und darum durch den fortlaufend durch alle Verhältnisse durchzuführenden Beweis der Unvermeidlichkeit, Zweckmäßigkeit, Durchführbarkeit und des nahen Heranzügens der sozialen Revolution.“

Nachtrag zur Juniabrechnung 1910.

Bezirk Hildesheim. Nachstehende Beiträge sind Extrabeiträge: Mershausen 2, Weitenbach 5, Elgershausen 6,25, Einbeck 2,25, Gierswalde 11,25, Gr.-Münden 9, Gr.-Flecken 2,25, Cronau 3,75, Hildesheim 2,50, Ilten 3,50, Thringhausen 1, Blöthen 14, Sackfied 7,25, Miffinghausen 2, Rathlingen 10,50, Wulfrow 4,75, Wolfenbüttel 16 Ml. Hauptkass.

